

Landtagswahl 2016

Parteiprogramme aus handwerkspolitischer Sicht

SPD	Bewertung des BWHT
Mittelstandsförderung und Bürokratieabbau	
<ul style="list-style-type: none">Keine Aussage zu einem eigenständigen Wirtschaftsministerium.Weiterentwicklung des Wohnungsbaugipfels zu einem „Pakt für bezahlbares Wohnen“; Mietwohnungsförderung mit direkten Zuschüssen, bei Bedarf Neujustierung der Gebietskulisse für die Mietpreisbremse.Wirtschaftspolitik im Dialog mit Unternehmensvertretern und Gewerkschaften; Umsetzung der „Industrieperspektive 2025“ mit Maßnahmenpaket zur Industrieansiedlung und Akzeptanz der Industrie in der Bevölkerung.Mittelstand als Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung.Ausbau der Gründungsoffensive (mit Fokus auf Ausgründungen und Wagniskapitalstrategie).Bürokratieabbau nur im Zusammenhang mit eGovernment.Mindestentgelt nach Landestariftreue- und Mindestlohngesetz von 8,50 Euro wird regelmäßig überprüft und erhöht.	<ul style="list-style-type: none">Wir fordern ein eigenes Wirtschaftsministerium mit breitem Zuschnitt (Bau- und Digitalisierung).Wohnungsbaupakt im Sinne des Handwerks, keine kritischen Aussagen zur Regulierung des Mietwohnungsmarkts.Im Sinne des Handwerks; Ergebnisse des Strategieprojekts Handwerk 2025 müssen später genauso umgesetzt werden.Im Sinne des HandwerksIm Sinne des Handwerks, wenn Fokus nicht nur auf High-Tech liegt.Konkrete Beispiele, was wie vereinfacht werden soll, fehlen.Kein Bedarf mehr für dieses Gesetz nach Einführung eines bundesweiten Mindestlohns. Zudem teilweise europarechtswidrig.
Bildungspolitik	
<ul style="list-style-type: none">Quantitativer und qualitativer Ausbau der frühkindlichen Bildung.Flächendeckender Ausbau von Ganztagesangeboten. Bis zum Jahr 2023 sollen 70 % aller Grundschulen zu Ganztageschulen weiterentwickelt werden. Die Möglichkeit der Ganztageschule wird für alle weiterführenden Schulen gesetzlich verankert. In der nächsten Legislaturperiode wird eine Ganztagsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag eingeführt. Die Entscheidung darüber, ob die Ganztageschule in Wahlform oder als verbindliche Schule geführt wird, wird vor Ort getroffen.Ausbau der individuellen Förderung an Grundschulen, der Weg zur Grundschule soll weiterhin kurz bleiben.Keine Wiedereinführung der verpflichtenden Grundschulempfehlung. Stärkung des	<ul style="list-style-type: none">Im Sinne des HandwerksGrundsätzlich im Sinne des Handwerks. Allerdings verweist das Programm nicht auf die Wahlfreiheit der Eltern, ob eine Halbtags- oder Ganztagschule besucht wird.Im Sinne des HandwerksGrundsätzlich im Sinne des Handwerks. Allerdings müssen Lehrkräfte für das Beratungsangebot geschult

<p>Beratungsangebots für Eltern. Weiterführende Schulen werden dabei unterstützt, die Potenziale der Schülerinnen und Schüler schnell und differenziert zu erfassen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der Regionalen Schulentwicklung im Konsens mit allen Beteiligten. • Orientierung an einem zukünftigen Schulsystem aus zwei Säulen – dem etablierten Gymnasium einerseits und integrativ angelegten Bildungsgängen andererseits. • Keine pauschale Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren. • Weiterer bedarfsorientierter Ausbau der Gemeinschaftsschulen inkl. der Möglichkeit, auf Antrag eine gymnasiale Oberstufe einzurichten. • Verbesserung der Ressourcenausstattung der Realschulen, Realschulen können auch den Hauptschulabschluss anbieten. • Hauptschulen/Werkrealschulen werden weiterhin unterstützt, wenn sie nachgefragt werden. Kein funktionierender Schulstandort wird gegen den Willen des Schulträgers aufgegeben. • Zusicherung der bestehenden Unterrichtsversorgung, Spielräume für weitere Verbesserungen werden genutzt und gerecht auf die Schularten verteilt. Erhöhung der Krankheitsreserven. • Verbesserung der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften. • Ausbau inklusiver Schulangebote, Wahlfreiheit für Eltern. • Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. • Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen in Baden-Württemberg. Jeder Mensch in Baden-Württemberg soll die Chance erhalten, eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen. • Ziel einer attraktiveren Gestaltung des Weges über eine Berufsausbildung zum Meisterabschluss. • Absenkung der teils hohen Gebühren bei der Meisterausbildung gemeinsam mit den Betrieben. • Verbesserung der Förderkonditionen des Meister- 	<p>werden und in der Lage sein, über das gesamte Berufespektrum zu informieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Allerdings muss leistungsstarken Schülern auch die Alternative einer dualen Ausbildung vor Augen geführt werden. • Im Sinne des Handwerks. Der Erwerb des Hauptschulabschlusses an der Realschule wurde bereits auf den Weg gebracht. • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, jedoch keine Aussage im Bezug auf die Inklusion an beruflichen Schulen. • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Es wird jedoch keine Auskunft darüber gegeben, wie die Gleichwertigkeit erreicht werden soll. • Aussage wird durch das Handwerk abgelehnt. Das Handwerk bildet heute schon überproportional aus. • Im Sinne des Handwerks • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Falls die Gebühren gesenkt werden, muss es wie beim Wegfall der Studiengebühren zu Ausgleichszahlungen des Landes kommen. Betriebe dürfen nicht stärker an den Kosten beteiligt werden. • Im Sinne des Handwerks
---	--

<p>BAföG, Einführung eines Meister-Bonus nach dem erfolgreichen Abschluss der Meisterfortbildung.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Unterrichtsversorgung und der Lehrerversorgung an beruflichen Schulen. • Zusätzliche Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge. • Weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen bei Blockunterricht. Es wird eine paritätische Finanzierung der Internatskostenzuschüsse angestrebt. • Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der beruflichen Schulen. • Fortsetzung der „Lernfabriken 4.0“ an beruflichen Schulen. • Landesweite Etablierung des neuen Übergangssystems Schule und Beruf. • Fortsetzung und Ausbau der Kampagne gutausgebildet.de sowie der Initiative Ausbildungsbotschafter. • Studienabbrechern sollen Alternativen in der betrieblichen Ausbildung aufgezeigt werden. Erbrachte Studienleistungen sollen in der Ausbildung anerkannt werden. • Programme zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen und zur Ermöglichung von Teilzeitausbildungen werden bedarfsgerecht ausgebaut. • Stärkung der stufenweisen Ausbildung als Alternative zur ungelernten Beschäftigung. • Ausbau des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte. • Bildungszeitgesetz: Bildungszeit zukünftig ansparen und am Stück einsetzen, sie soll auch für Auszubildende gelten. Weitere Verbesserung für ehrenamtliche Weiterbildung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Der Fokus muss jedoch insbesondere auf die Mangelfächer in der dualen Ausbildung an Berufsschulen gelegt werden. Hier fehlt eine klare Aussage. • Im Sinne des Handwerks • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, inklusive eines Selbstbehalts für den Azubi. • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Die Eigenverantwortlichkeit darf jedoch nicht zu Lasten des Teilzeitbereichs an den Berufsschulen gehen. • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, die Lernfabriken dürfen sich aber nicht nur auf die Industrie 4.0 konzentrieren, sondern müssen auch Handwerksberufe in den Blick nehmen. • Im Sinne des Handwerks. Die Reform des Übergangssystems kann allerdings nur gelingen, wenn alle Partner gemeinsam daran arbeiten. Das Übergangssystem muss abgebaut, nicht umgebaut werden. • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks. Es wird jedoch schwierig sein, erbrachte Studienleistungen in größerem Umfang anzurechnen. • Im Sinne des Handwerks • Aussage wird nur in Bezug auf Über-25Jährige mitgetragen. Eine Stufenausbildung in der Erstausbildung wird abgelehnt. • Im Sinne des Handwerks • Aussagen werden durch das Handwerk abgelehnt.
<h2>Fachkräftesicherung</h2>	
<ul style="list-style-type: none"> • Verdoppelung der Zahl der Welcome Center bis 2020. • Ausbau des Netzes kostenloser Beratungsstellen für die berufliche Anerkennung, Verstärkung der zuständigen Stellen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Im Sinne des Handwerks • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, allerdings müssen die Beratungsstellen eng mit den zuständigen Stellen zusammenarbeiten.

<ul style="list-style-type: none"> • Stärkere Förderung des Sprachkursangebots für Migrantinnen und Migranten. • Fortsetzung des Bündnisses für mehr Frauen in MINT-Berufen. • Ausrichtung der landesseitigen Förderung von Volkshochschulen und anderer Weiterbildungsträger am Bundesschnitt. • Einsatz auf Bundesebene für eine Abschaffung der Vorrangprüfung für Drittstaatsangehörige beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Einsatz für ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz, das transparente Wege für eine legale Arbeitsmigration nach Deutschland eröffnet. • Keine Ausnahmen beim Mindestlohn für Flüchtlinge. • Wer in Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können. 	<ul style="list-style-type: none"> • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Es kommt zu keinen Einsparungen. Allerdings könnte Baden-Württemberg auch überdurchschnittlich fördern. • Im Sinne des Handwerks • Richtig ist, dass es keine flüchtlingsspezifische Ausnahme geben darf. Wo jedoch der Mindestlohn zur Hürde bei der Integration in den Arbeitsmarkt wird, ist generell nachzusteuern. • Kann pauschal so nicht garantiert werden, denn hängt von vielen Faktoren ab: Betrieb muss entsprechende Produktivität erzielen, Familienstand/Unterhaltspflichten, Qualität der Arbeit.
---	--

Rechtliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand

<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen: Keine Aussage zu Umfang und Grenzen. • Im Rahmen der Offensive für bezahlbaren Wohnraum das Baurecht lockern. • Bessere Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität • Weiterhin für Stuttgart 21 einsetzen. • Faire Reform der Erbschaftsteuer. • Stärkere Möglichkeiten der Steuerfestlegung und -erhebung auf Landesebene. • Entgeltgleichheit für Frauen und Männer: Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten müssen ihre Aktivitäten dafür offenlegen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Bekenntnis zur geltenden Fassung des § 102 Gemeindeordnung wäre für das Handwerk wichtig gewesen. • Im Sinne des Handwerks • Nicht nur Wohnungseinbrüche, sondern auch Einbrüche in Gewerbegebieten besser bekämpfen. • Im Sinne des Handwerks • Ob dies auch im Sinne des Handwerks ist, lässt sich nicht erschließen. • Ablehnung: Die Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor. • Wird vom Handwerk abgelehnt, denn berücksichtigt weder unterschiedliche Erwerbsbiografien noch den erheblichen Bürokratieaufwand.
--	--

Umwelt, Energie, Verkehr

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Zielsetzung der ökologischen Erneuerung der Energieversorgung bei Gewährleistung von Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.• Fortsetzung der Förderung von Speichertechnologien, intelligenten Netzen und Pilotprojekten – beispielsweise Batterieforschung – neben der Förderung des Leitungsausbaus.• Strompreisstabilität und Unterstützung des Vorhaltens einer Reservekapazität für Versorgungssicherheit.• Unterstützung des ländlichen Raums als Erzeuger von Bau- und Rohstoffen sowie von Biogas und Energieholz für Klima- und Ressourcenschutz.• Fortsetzung der Hochwasserschutzförderung (Dammsanierungen, integriertes Rheinprogramm).• Ausweitung der Kooperation im Bereich E-Mobility mit einer „Landesinitiative Elektromobilität III“• Neujustierung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes soll beibehalten werden. | <ul style="list-style-type: none">• Im Sinne des Handwerks• Im Sinne des Handwerks, Praxis- und Anwendungsbezug fehlt.• Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Reservekapazität wird nicht aufgelöst.• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks• Im Sinne des Handwerks• Im Sinne des Handwerks als Nutzer von Elektrofahrzeugen, wenn Emissionsprobleme technologieorientiert gelöst werden; aber: Landesinitiative muss auch Anliegen des Kfz-Handwerks berücksichtigen.• Nicht im Sinne des Handwerks, da Senkung der Förderung kommunaler Vorhaben auf 50% größere Projekte erschwert und neue Fördertatbestände Straßenbau weiter schwächen. |
|--|--|

Innovation, Technologie, Wirtschaft 4.0

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Fortsetzung der Breitbandoffensive, vorrangige Förderung von Betreibermodellen, flächendeckender Glasfaserausbau mit mindestens 100 MBit/s.• Bei privatwirtschaftlichem Ausbau Kombination von urbanen und ländlichen Regionen, damit „Rosinenpicken“ unmöglich wird.• Breitbandversorgung als kommunale Daseinsvorsorge.• „Allianz Industrie 4.0“ weiterentwickeln.• Förderung von Exportaktivitäten des Handwerks.• Vermittlung von Medienkompetenz und informationstechnischer Grundbildung an allen Schulen; Verankerung des Fachs Informatik in der Schule.• Digitale (Weiter-)Bildungsangebote an Hochschulen als Ergänzung und Erweiterung der klassischen Präsenzlehre und speziell für Zielgruppen im Bereich berufliche Weiterbildung. | <ul style="list-style-type: none">• Im Sinne des Handwerks• Im Sinne des Handwerks• Im Sinne des Handwerks• Im Sinne des Handwerks, wenn die Einengung auf Maschinenbau aufgegeben wird zugunsten einer umsetzungsorientierten Strategie für Handwerk UND Gesamtindustrie.• Im Sinne des Handwerks• Im Sinne des Handwerks• Im Sinne des Handwerks |
|--|--|

<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheit im Netz verstärken und Rechte der Bürger weiter stärken; Schutzlücken schließen. • Digitale Arbeitswelt: Im Dialog mit allen Beteiligten die Regeln für die Gestaltung und Erfassung der Arbeitszeit anpassen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Auf Ausgewogenheit zwischen Sicherheitsanspruch des Bürgers und Machbarkeit für KMU ist zu achten. • Im Sinne des Handwerks
--	--

Europa

<ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltiger Einsatz auf europäischer Ebene für den Erhalt des Meisterbriefes. • Qualitätsmerkmale international etablieren unter der Marke „Handwerk aus Baden-Württemberg“. Unterstützung der Handwerksbetriebe beim Schritt zum Exportbetrieb. • Aktive Gestaltung der Europapolitik. Dies wird auch an den Beispielen der Partnerschaften mit dem Donauraum genannt. • Regionale Partnerschaften wie die Vier Motoren sollen eine aktive Europapolitik begleiten, um neue Märkte für baden-württembergische Unternehmen zu öffnen. • Projekte zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wie beispielsweise das Projekt Bodensee-Plattform, Innovation 4.0. werden explizit erwähnt, ebenso die Förderungen der binationalen Ausbildung zwischen dem Elsass und Baden-Württemberg. • Absichtserklärung, den Dialog mit der Schweiz weiter zu pflegen und neue Initiativen wie die Entwicklung einer Schweiz-Strategie zu fördern. • Fördermittel der EU für Projekte in Baden-Württemberg einzuwerben. Dazu soll eine sog. Projektentwicklungsagentur des Landes gegründet werden, um baden-württembergische Akteure zusammen zu bringen und bei der Entwicklung von Projektideen und der Antragstellung zu begleiten. • Freihandelsabkommen, insbesondere TTIP, nur dann akzeptabel, wenn diese keine privaten Schiedsgerichte, keine Absenkung unserer hohen Standards und keine Zwänge zur Privatisierung enthalten. • Die Entwicklungszusammenarbeit verstetigen und stärken. 	<ul style="list-style-type: none"> • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks • Das Handwerk beteiligt sich umfassend an der Donauraumstrategie. • Im Sinne des Handwerks • Das Handwerk befürwortet diese Projekte. • Sinnvoll, muss aber konkretisiert werden. • Es gibt ausreichend Landesagenturen. Vor einer Unterstützung der neuen Projektagentur sind die Details zu hinterfragen. • Faires, transparentes Abkommen wird unterstützt, ebenso die Wahrung sozialer Standards. • Unterstützung der SEZ im Sinne des Handwerks.
--	--